

Inhaltsverzeichnis

Problemaufriss	15
Gang der Arbeit	19
Betrachtungsgegenstand	21
Abschnitt 1: Verfassungsrechtliche Ausgangslage	23
A. Kommunikation durch Parteien im Verfassungsgefüge	23
I. Das verfassungsrechtliche Umfeld der Parteienkommunikation	23
II. Parteien in der Verfassung	25
1. Funktion der Parteien	26
2. Der Parteienbegriff	27
3. Stellung der Partei in der- und durch die Verfassung	30
4. Grundrechtsbindung von Parteien	32
III. Verfassungsrechtliche Anforderungen und Grenzen parteipolitischer Kommunikation	32
1. Aus Art. 21 GG	35
a) Rechtsnatur der Norm	36
(1) Art. 21 GG als Grundrecht	36
(2) Die Gründungsfreiheit als Abwehrrecht	37
(3) Staatliche Gewährleistungspflicht durch Art. 21 GG	37
b) Durch die Ausgestaltung des Mitwirkungsauftrags	39
c) Durch die Chancengleichheit der Parteien	44
2. Aus dem Verfassungsprinzip der Demokratie	46
a) Volkssouveränität und Legitimation	48
b) Zwischenergebnis	50
3. Aus Art. 38 GG	51
a) Die Wahlgrundsätze des Art. 38 GG	51
b) Zwischenergebnis	54
a) Die Modalitätenfreiheit des Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG	55

b) Das Leitbild des BVerfG vom freien und offenen Meinungs- und Willensbildungsprozess	56
c) Sichtbarkeit parteipolitischer Kommunikation	60
d) Erkennbare Parteienkommunikation?	71
e) Ansatzpunkte für Grenzen und Anforderungen an die Kommunikation von Parteien in einer Zusammenschau	79
(1) Anforderungen an die Kommunikation von Parteien	79
(2) Grenzen der Kommunikation	82
(a) Wahl(entscheidungs)beeinflussung	82
(b) Vielfalt und Chancengleichheit	82
(c) Entgegenstehende Rechte Dritter	83
(3) Die Intention der Äußerung	83
(4) Wahlkampf(zeiten)	84
B. Zwischenergebnis des Abschnitts	87
Abschnitt 2: Plattformimmanente Kommunikationsformen: Erscheinungsformen, Gefährdungspotenziale, aktueller Rechtsrahmen	
	89
A. Erscheinungsformen und Gefährdungspotenziale	89
I. Die algorithmische Inheldistribution auf Social-Media-Plattformen	90
II. Targeted Ads: Politisches Microtargeting	93
1. Phänomenbeschreibung	94
2. Gefährdungspotenziale	95
a) Ausnutzen der Vulnerabilität von Wähler*innen	97
b) Dark ads: Unsichtbarkeit der Inhalte	98
d) Demobilisierung des gegnerischen Lagers	99
d) Ausschluss von Wähler*innengruppen	100
e) Ansprache durch Desinformation	100
III. Social/Political Bots	102
1. Phänomenbeschreibung	102
2. Gefährdungspotenziale	103
a) Verstärkungseffekte	103
b) Verzerrung des Meinungsabbilds	104
c) Kritik	105

IV. Astroturfing	106
III. Zwischenergebnis des Abschnitts	113
B. Aktueller Rechtsrahmen	113
I. Vorschriften des Wahlstrafrechts	114
II. § 32 Bundeswahlgesetz	115
III. Kennzeichnungspflicht nach § 22 Abs. 1 S. 3 MStV	116
IV. Kennzeichnungspflicht nach § 18 Abs. 3 MStV	116
V. Wahlprüfung nach 41 Abs. 1 S. 1 GG, § 1 Abs. 1 WahlPrG	117
VI. Vorschriften des DSA	118
VII. Der Rechtsrahmen im Lichte der Gefährdungspotenziale	120
 Abschnitt 3: Verfassungsrechtliche Anforderungen und Grenzen mit Blick auf die Kommunikationsformen	 123
A. Adressierung im Verfassungsrecht	124
I. Abgabe der Stimme, Wahl	125
1. Geheimheit der Wahl	126
2. Freiheit der Wahl	127
a) Urteil zur Wahlprüfung Hessen	128
(1) Beeinflussung durch den Staat und Dritte	129
(2) Mittel der Abwehr und des Ausgleichs	131
(3) Wahlfehlerbegründende unlautere Einwirkung	133
b) Würdigung	134
(1) Besonderheiten des politischen Wettbewerbs	135
(2) Das Bild der reifen Wähler*innen	135
(3) Diskurs als Ausgleich	136
c) Weitere Schutzdimensionen der Freiheit der Wahl	140
(1) Schutz vor langfristiger Präferenzbeeinflussung?	141
(2) Die Entschlussfreiheit nach Art. 38 GG	143
(a) Schutz der Rationalität einer Wahlentscheidung?	146
(b) Schutz der bewussten Wahlentscheidung	150
(3) Wahlagitation	154
3. Beeinflussungsgrenzen aus der Freiheit der Wahl	155
4. Subsumtion der einzelnen Handlungen	155
a) Demobilisierung der Wähler*innen	155
b) Nutzung von Persönlichkeitsprofilen	156
c) Ausnutzen von Vulnerabilität	158

d) Durch Desinformation	159
e) In Form von Dark ads	160
5. Ergebnis des Abschnitts	161
II. Informationsgrundlage einer Wahlentscheidung	162
1. Verzerrung des Meinungsabbildes durch Astroturfing?	162
a) Täuschen über das Realbild der Gesellschaft	163
(1) Schutz nach Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG?	163
(2) Im Lichte der Anforderungen und Grenzen parteipolitischer Kommunikation	167
b) Astroturfing: Bots vs. natürliche Personen	168
c) Partizipation durch Astroturfing?	169
d) Überflutung der Plattform	169
e) Trending Hashtags und -Topics	173
f) Entern von Hashtags	174
2. Ergebnisse des Abschnitts	176
III. Teilnahme am Diskurs	176
1. Ausschluss von Wähler*innen	176
2. Zwischenergebnis	178
B. Zwischenergebnis des Abschnitts	178
 Abschnitt 4: Regulierungsoptionen vor dem Hintergrund erarbeiteter Leitlinien, interdisziplinäre Mehrwerte und Ausblick	 181
A. Die Leitlinien der Kommunikation von Parteien	181
I. Die Sichtbarkeit parteipolitischer Kommunikation	181
II. Das Verdrängungsverbot	182
III. Der Schutz bewusster Wahlentscheidungen	182
IV. Die räumlich-zeitliche Nähe der Kommunikation zum Wahlakt	183
V. Die Gefährdungspotenzial-Potenzierung	183
B. Regulierungsoptionen vor dem Hintergrund erarbeiteter Leitlinien	183
I. Die Sichtbarkeit parteipolitischer Kommunikation	184
II. Die Vielfalt parteipolitischer Kommunikation	185
III. Der Schutz bewusster Wahlentscheidungen	185
IV. Die räumlich-zeitliche Nähe der Kommunikation zum Wahlakt	185

V. Die Gefährdungspotenzial-Potenzierung	186
C. Interdisziplinäre Mehrwerte für eine rechtliche Betrachtung	186
D. Ausblick	190
Zusammenfassung	195
A. Betrachtungsgegenstand und Erkenntnisinteresse	195
B. Verfassungsrechtliche Ausgangslage	196
C. Plattformimmanente Kommunikationsformen: Erscheinungsformen, Gefährdungspotenziale, aktueller Rechtsrahmen	200
D. Verfassungsrechtliche Anforderungen mit Blick auf die Gefährdungspotenziale der Kommunikationsformen	202
E. Ausblick	206
F. Tabelle: Ergebnisse der Arbeit	207
Literaturverzeichnis	211